1.2 GESETZ ÜBER DAS PROPORZWahlVERFAHREN (PROPORZWahlGESETZ)

INHALTSVERZEICHNIS

Art. 1	Anwendung	- 3 -
I.	Vorschlagsverfahren	- 3 -
Art. 2	1. Ausschreibung der Wahlen	- 3 -
Art. 3	2. Wahlvorschläge	- 3 -
	a) Kandidatenzahl, Angaben zur Person	- 3 -
Art. 4	b) Form, Unterzeichner	- 3 -
Art. 5	c) Eingabe	- 3 -
II.	Bereinigungsverfahren	- 3 -
Art. 6	1. Prüfung der Wahlvorschläge	- 3 -
Art. 7	2. Ablehnung der Kandidatur	- 3 -
Art. 8	3. Mehrfachkandidatur	- 4 -
Art. 9	4. Ersatzkandidaten	- 4 -
Art. 10	5. Wahllisten, Listenverbindungen*	- 4 -
Art. 11	6. Veröffentlichung und Zustellung der Wahllisten*	- 4 -
III.	Wahlverfahren.....	- 4 -
Art. 12	1. Wahlmöglichkeiten*	- 4 -
Art. 13	2. Zusatzstimmen*	- 4 -
Art. 14*		- 5 -
Art. 15*		- 5 -
Art. 16*		- 5 -
Art. 17*		- 5 -
Art. 18	3. Ungültigkeitsgründe	- 5 -
Art. 19	4. Wahlakt*	- 5 -
IV.	Ermittlung der Wahlergebnisse	- 5 -
Art. 20	1. Auszählung	- 5 -
Art. 21*		- 5 -
Art. 22	2. Wahlzahl, Sitzverteilung*	- 6 -
Art. 23	3. Restmandate*	- 6 -

Art. 24	4. Besondere Fälle	- 6 -
Art. 24a	5. Verbundene Listen*	- 6 -
Art. 25	6. Ermittlung der Gewählten und Stellvertreter	- 6 -
V.	Rekursmöglichkeiten	- 6 -
Art. 26	Rekurs.....	- 6 -
Art. 27	Inkrafttreten.....	- 7 -

Art. 1 Anwendung

Dieses Gesetz regelt die Wahl des Gemeinderates nach dem in Art. 13 der Gemeindeverfassung festgelegten Proporzwahlverfahren.

I. Vorschlagsverfahren

Art. 2 1. Ausschreibung der Wahlen

Der Gemeindevorstand gibt den Zeitpunkt der Wahlen mindestens zweieinhalb Monate vor dem Urnengang durch Veröffentlichung im Bezirksamtsblatt bekannt.

Gleichzeitig ergeht die Aufforderung an die Parteien und Wählergruppen, Wahlvorschläge bis zu dem nach Massgabe von Art. 5 dieses Gesetzes festzusetzenden Zeitpunkte einzureichen.

Art. 3 2. Wahlvorschläge

Jeder Wahlvorschlag darf höchstens fünfzehn Namen wählbarer Personen enthalten. Die zweimalige Nennung eines Kandidaten ist gestattet.

a) Kandidatenzahl, Angaben zur Person

Jeder Kandidat muss auf dem Wahlvorschlag mit Namen, Vorname, Jahrgang und Berufsangabe bezeichnet werden.

Art. 4 b) Form, Unterzeichner

Jeder Wahlvorschlag muss am Kopf oben links eine ihn von anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidende Bezeichnung tragen.

Er muss von mindestens fünf in Gemeindeangelegenheiten stimmberechtigten Einwohnern unterzeichnet sein. Wer in der Reihenfolge der Unterzeichner zuoberst steht, gilt als Bevollmächtigter im Verkehr mit der Gemeindekanzlei. Im Verhinderungsfalle gehen dessen Befugnisse auf den nächstfolgenden Unterzeichner über. Ein Stimmberechtigter darf nicht mehr als einen Wahlvorschlag unterzeichnen.

Art. 5 c) Eingabe

Die Wahlvorschläge sind innert dreissig Tagen seit der öffentlichen Bekanntgabe des Wahltermins bei der Gemeindekanzlei einzureichen. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag, so verlängert sie sich bis zum nächstfolgenden Werktag. Die Frist gilt als gewahrt, wenn der Wahlvorschlag am letzten Tag bis abends um 18 Uhr eingereicht wird. Bei Zustellung durch die Post gilt der Aufgabestempel als Zeitpunkt der Einreichung.

II. Bereinigungsverfahren

Art. 6 1. Prüfung der Wahlvorschläge

Die Gemeindekanzlei prüft sofort die formelle Rechtmässigkeit der eingegangenen Wahlvorschläge, namentlich die Wahlfähigkeit der Kandidaten und die Stimmberechtigung der Listenunterzeichner. Ergeben sich allfällige Mängel, stellt die Gemeindekanzlei den betreffenden Vorschlag unverzüglich an die Wahlgruppierung zurück mit der Aufforderung, diese innert fünf Tagen zu beheben. Geht der Wahlvorschlag nicht rechtzeitig berichtigt wieder ein, so fällt er ausser Betracht.

Art. 7 2. Ablehnung der Kandidatur

Die Gemeindekanzlei bringt innert zwei Tagen seit Einreichung der Wahlvorschläge beziehungsweise Behebung ihrer formellen Mängel den Kandidaten zur Kenntnis, dass sie zur Wahl in den Gemeinderat vorgeschlagen sind, und fordert sie auf, innert drei Tagen eine allfällige Ablehnung der Kandidatur schriftlich mitzuteilen.

Lehnt ein Vorgeschlagener seine Bewerbung ab, so wird sein Name auf dem betreffenden Wahlvorschlag von Amtes wegen gestrichen. Stillschweigen gilt als Zustimmung zur Kandidatur und verpflichtet zur Annahme des Amtes bei einer allfälligen Wahl.

Art. 8 3. Mehrfachkandidatur

Jeder Kandidat kann nur auf einem Wahlvorschlag aufgeführt werden.

Ist ein Kandidat auf mehreren Wahlvorschlägen genannt, so ist ihm dies gemäss Art. 7 dieses Gesetzes mitzuteilen. Innert der Frist für die Ablehnung einer Kandidatur hat er zu erklären, welcher Liste er zugeteilt werden will. Bleibt die Erklärung aus, so entscheidet das vom Gemeindepräsidenten zu ziehende Los. Der Name des Kandidaten auf dem so ermittelten Wahlvorschlag bleibt erhalten, während er auf allen übrigen gestrichen wird.

Art. 9 4. Ersatzkandidaten

Die Gemeindekanzlei setzt den Bevollmächtigten der Unterzeichner des Wahlvorschlages von der erfolgten Streichung unverzüglich in Kenntnis und gibt Gelegenheit, innert fünf Tagen Ersatzvorschläge zu unterbreiten. Diesen muss die Zustimmungserklärung der Ersatzkandidaten beiliegen, ansonsten sie ungültig sind.

Nach diesem Zeitpunkt dürfen an den eingereichten Wahlvorschlägen keine Änderungen mehr vorgenommen werden.

Art. 10 5. Wahllisten, Listenverbindungen*

Die so bereinigten Wahlvorschläge heissen Listen. Die gültigen Listen werden von der Gemeindekanzlei in der Reihenfolge ihrer Einreichung mit Ordnungsnummern versehen.

Zwei oder mehr Listen können innert der in Art. 5 erwähnten Frist durch übereinstimmende Erklärung der unterzeichnenden Stimmberechtigten oder ihrer Vertreter miteinander verbunden werden. Unterlistenverbindungen sind nicht zulässig.

Listenverbindungen sind auf den Wahlzetteln mit Vordruck zu vermerken. Erklärungen über Listenverbindungen können nicht widerrufen werden.

Art. 11 6. Veröffentlichung und Zustellung der Wahllisten*

Die Gemeindekanzlei veröffentlicht die Wahllisten mit ihrer Wahlgruppenbezeichnung und Ordnungsnummer sowie dem Hinweis auf Listenverbindungen, jedoch ohne die Namen der Unterzeichner, im amtlichen Publikationsorgan.

Für sämtliche Listen werden (mit dem Gemeindestempel versehene) Wahlzettel gleicher Grösse, Farbe und Gestaltung erstellt und den Stimmberechtigten zusammen mit einem leeren Wahlzettel spätestens drei Wochen vor der Wahl zugestellt.

III. Wahlverfahren

Art. 12 1. Wahlmöglichkeiten*

Für die Wahl dürfen nur die amtlich abgegebenen Wahlzettel verwendet werden.

Wer den Wahlzettel ohne Vordruck benutzt, kann Namen wählbarer Kandidaten eintragen und die Listenbezeichnung oder Ordnungsnummer einer Liste anbringen.

Wer einen Wahlzettel mit Vordruck benutzt, kann vorgedruckte Kandidatennamen streichen; er kann Kandidatennamen aus andern Listen eintragen (panaschieren). Er kann ferner die vorgedruckte Ordnungsnummer und Listenbezeichnung streichen oder durch eine andere ersetzen.

Er kann den Namen des gleichen Kandidaten auf dem Wahlzettel zweimal aufführen (kumulieren).

Art. 13 2. Zusatzstimmen*

Enthält ein Wahlzettel weniger gültige Kandidatenstimmen, als Mitglieder des Gemeinderates zu wählen sind, so gelten die leeren Linien als Zusatzstimmen für die Liste, deren Bezeichnung oder Ordnungsnummer auf dem Wahlzettel angegeben ist. Fehlen Bezeichnung und Ordnungsnummer oder enthält der Wahlzettel mehr als eine der eingereichten Listenbezeichnungen oder Ordnungsnummern, so zählen die leeren Linien nicht (leere Stimmen).

Namen, die auf keiner Liste stehen, werden gestrichen. Die auf sie entfallenden Stimmen werden jedoch als Zusatzstimmen gezählt, wenn der Wahlzettel eine Listenbezeichnung oder Ordnungsnummer trägt. Fehlt eine solche, so zählen diese Stimmen nicht (leere Stimmen).

*Bei einem Widerspruch zwischen Listenbezeichnung und Ordnungsnummer gilt die Listenbezeichnung.

Art. 14*

Art. 15*

Art. 16*

Art. 17*

Art. 18 3. Ungültigkeitsgründe

Ein Wahlzettel ist ungültig, wenn er

- a) keine Kandidatennamen der amtlichen Wahllisten trägt;
- b) nicht amtlich ist;
- c) anders als handschriftlich ausgefüllt oder geändert ist;
- d) ehrverletzende Äusserungen enthält;
- e) offensichtliche Kennzeichen (etwa den Namen des Stimmberechtigten) oder sonstige Erkennungszeichen trägt, welche den Zweck verfolgen, das Geheimnis der Stimmabgabe zu verletzen;
- f)*

*Eine Kandidatenstimme ist ungültig, wenn

- a) der Kandidatename verdreht, verstümmelt, unleserlich oder nicht ausgeschrieben ist;
- b) ein nicht in einer Wahlliste enthaltener Kandidatename aufgeführt ist;
- c) ein Kandidatename bereits zweimal genannt ist;
- d) der Wahlzettel bereits fünfzehn Kandidatennamen enthält. In diesem Fall erfolgt die Streichung der überzähligen Namen von unten nach oben und von rechts nach links.

Ungültige Wahlzettel und Stimmen fallen bei der Ermittlung des Wahlergebnisses ausser Betracht.

Art. 19 4. Wahlakt*

Jeder Wähler darf nach Abgabe des Stimmausweises nur einen Wahlzettel in die Urne legen.

IV. Ermittlung der Wahlergebnisse

Art. 20 1. Auszählung

Das Wahlbüro stellt fest:

- a) die Zahl der abgegebenen Wahlzettel;
- b) die Zahl der ungültigen Wahlzettel;
- c) die Kandidatenstimmenzahl, d.h. die Zahl der für jeden einzelnen Kandidaten abgegebenen gültigen Stimmen;*
- d) die Zusatzstimmenzahl jeder Liste (Art. 13);*
- e) die Listenstimmenzahl, d.h. die Kandidatenstimmenzahl plus Zusatzstimmenzahl jeder Liste;*
- f) für die verbundenen Listen die Gesamtzahl der auf die Listengruppe entfallenden Listenstimmen;*
- g) die Zahl der leeren Stimmen (Art. 13).*

Art. 21*

Art. 22 2. Wahlzahl, Sitzverteilung*

Die Zahl aller gültigen Listenstimmen geteilt durch die um eins vermehrte Zahl der zu vergebenden Sitze ergibt, auf die nächste ganze Zahl aufgerundet, die Wahlzahl.

$$\frac{\text{Zahl aller gültiger Listenstimmen}}{16} = \text{Wahlzahl}$$

Jeder Liste werden so viele Mandate zugeteilt, als die Wahlzahl in ihrer Listenstimmenzahl enthalten ist.

Art. 23 3. Restmandate*

Wenn nach dieser Verteilung nicht alle Mandate vergeben sind, wird die Listenstimmenzahl einer jeden Wahlgruppierung durch die um eins vermehrte Zahl der ihr schon zugewiesenen Vertreter geteilt. Der Wahlgruppierung, welche dabei die grösste Zahl (Quotient) erreicht, wird der erste noch zu vergebende Sitz zugewiesen.

Dieser Verfahren wird wiederholt, bis alle Mandate verteilt sind.

Art. 24 4. Besondere Fälle

Ergibt die Teilung nach Art. 23 zwei oder mehrere gleiche Zahlen, so hat die Liste den Vorrang, die bei der Teilung nach Art. 22 Abs. 2 den grössten Rest aufwies.

Stehen auch diese Zahlen ein, so hat die Liste den Vorrang, auf welcher der für die Wahl in Betracht kommende Kandidat am meisten Stimmen erreicht.

Sind auch die Stimmenzahlen gleich, so entscheidet das vom Gemeindepräsidenten zu ziehende Los.

Enthält eine Liste weniger Kandidaten, als ihr Mandate zugeteilt werden, so werden die nicht besetzten Sitze nach dem Verfahren über die Verteilung der Restmandate auf die übrigen Wahlgruppierungen aufgeteilt.

Art. 24a 5. Verbundene Listen*

Jede Gruppe miteinander verbundener Listen wird bei der Verteilung der Mandate zunächst wie eine einzige Liste behandelt.

Auf die einzelnen Listen der Gruppe werden die Mandate nach den Artikeln 22, 23 und 24 verteilt.

Art. 25 6. Ermittlung der Gewählten und Stellvertreter

Von jeder Wahlliste sind so viele Kandidaten als gewählt zu erklären, als ihr Sitze zugeteilt worden sind. Gewählt sind jene Kandidaten, die am meisten Kandidatenstimmen erhalten haben.

Die nichtgewählten Kandidaten jeder Wahlliste bilden in der Reihenfolge der erzielten Stimmen die Stellvertreter der Amtsträger ihrer Wahlgruppierung.

Verfügt eine Wahlgruppierung über keine Stellvertreter mehr, so bleiben die frei werdenden Sitze bis zur nächsten Wahl unbesetzt.

Es ist unzulässig, ohne triftige Gründe aus dem Amt auszuscheiden und so einem Stellvertreter den Einsitz zu ermöglichen.

V. Rekursmöglichkeiten

Art. 26 Rekurs

Sämtliche Einsprachen und Rekurse gegen die Art der Durchführung des Proporzwahlverfahrens sind innert 8 Tagen seit Bekanntwerden des Beschwerdegrundes, spätestens aber einen Monat nach der Veröffentlichung des Wahlergebnisses, dem Gemeindevorstand einzureichen.

Wird der Rekurs vor dem Wahltag erhoben, entscheidet der Gemeindevorstand unverzüglich und unter sofortiger Mitteilung an den Rekurrenten, ob die Wahl auszusetzen ist.

Art. 27 Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit der Annahme durch die Urnengemeinde sofort in Kraft.

Dieses Gesetz wurde in der Urnenabstimmung vom 20. März 1988 angenommen.

Die Teilrevision tritt nach Annahme durch die Urnengemeinde am 18. Mai 2003 in Kraft.

Änderungstabelle – nach Artikeln

Artikel	Beschluss	Gremium	Inkrafttreten	Änderung
Art. 10	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 11	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 12	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 13	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 14	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	aufgehoben
Art. 15	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	aufgehoben
Art. 16	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	aufgehoben
Art. 17	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	aufgehoben
Art. 18 lit. f	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 18 Abs. 2	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 19	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 20 lit. c/d/e/f/g	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 21	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	aufgehoben
Art. 22	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 23	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	geändert
Art. 24a	18.05.2003	Urnengemeinde	18.05.2003	neu